



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen
FDP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe
Hier: Housing First

Beratungsfolge:

09.05.2023 Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur aktuellen Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Hagen zu berichten.

Hierbei soll insbesondere nach

- Männern und Frauen
- Menschen mit Tieren
- Jugendlichen
- EU-Zugewanderte

differenziert werden.

Darüber hinaus soll die personelle Ausstattung des Fachbereichs beschrieben werden.

Kurzfassung

entfällt



Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind ggf. betroffen

Kurzerläuterung:

siehe Anlage

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

und die FDP-Ratsgruppe

An die Vorsitzende des Ausschusses für
Soziales, Integration und Demographie

Anja Engelhardt

- Im Hause -

20.04.2023

Antrag für die Sitzung des SID am 09.05.2023

Sehr geehrte Frau Engelhardt,

wir bitten gem. § 6 (1) GeschO, um Aufnahme des folgenden Sachantrages auf die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 09.05.2023.

Housing First

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zur aktuellen Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Hagen zu berichten.

Hierbei soll insbesondere nach

- Männern und Frauen
- Menschen mit Tieren
- Jugendlichen
- EU-Zugewanderte

differenziert werden.

Darüber hinaus soll die personelle Ausstattung des Fachbereichs beschrieben werden.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist der nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit festgeschrieben. Dort ist festgehalten, dass bis 2030 die Wohnungslosigkeit überwunden werden soll. Auch auf Landesebene wird die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit im Koalitionsvertrag als Ziel definiert. In beiden Fällen wird Housing First als zu förderndes Projekt beschrieben.

In vielen Kommunen in NRW sind derartige Modelle zur Behebung von Obdachlosigkeit schon in der Umsetzung. In Hagen ist in den vergangenen Jahren regelmäßig und ausführlich über die Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen berichtet worden. In diesem Zusammenhang wurden auch die verschiedenen Angebote der Beratung und Betreuung vorgestellt. Housing First gehört in Hagen bisher nicht dazu.

Zur Klärung, ob dieses Angebot auch für Hagen eine sinnvolle Erweiterung zur Behebung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit ist, ist es aus Sicht der Antragsteller*innen zunächst notwendig mit den verschiedenen Akteur*innen in den fachlichen Austausch zu kommen.

Die beinhaltet selbstverständlich auch die Beteiligung der Betroffenen.

Als Format für inhaltlichen Input und für Diskussionen über die Frage, ob Housing First in Hagen eine sinnvolle Erweiterung ist, könnte eine Fachveranstaltung dienen.

Der Antrag auf Berichterstattung dient der Vorbereitung des Themas

Mit freundlichen Grüßen

Karin Köppen

Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Davide Rizzuti

Ratsgruppe

FDP



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

56

Betreff: Drucksachennummer: 0416/2023

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Ratsgruppe
Hier: Housing First

Beratungsfolge:
Ausschuss für Soziales, Integration und Demografie, 9.05.2023



Zum o.g. Antrag nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Aktuell sind 292 Personen durch die Stadt Hagen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ordnungsrechtlich untergebracht. Die im folgenden aufgeführten Zahlen wurden zum Stichtag 31.03.2023 im Rahmen der Quartalserhebung ermittelt.

1. Unterbringung

a) Alleinstehende Männer (67 Personen)

Für alleinstehende, unfreiwillig wohnungslose Männer hält die Stadt Hagen das Männerasyl in der Tuchmacherstr. 2 vor. Hier waren zum Stichtag 44 Männer untergebracht. Darüber hinaus waren zu diesem Zeitpunkt vier weitere Männer in einer organisatorisch zugehörigen Wohnung untergebracht, in der sich eine Wohngemeinschaft für wohnungslose Senioren befindet. In zwei weiteren Wohnungen befinden sich „Lern-WGs“; in denen untergebrachte Männer sich eigenständig versorgen und weiterhin Kontakt zu den Sozialarbeiter*innen der Zentralen Fachstelle halten. In diesen beiden Wohnungen waren fünf weitere Männer untergebracht. In der Notunterkunft im Frankenweg waren am 31.03.2023 weitere 10 Männer untergebracht. In Notwohnungen waren zum gleichen Zeitpunkt vier Männer untergebracht.

a) Männer im Familienverbund (47 Personen)

Zum Stichtag waren 40 Männer im Familienverbund in Notwohnungen untergebracht. Sieben Männer waren im Familienverbund in der Gemeinschaftsunterkunft in der Unternahmerstr. untergebracht. Die hohe Zahl der untergebrachten Männer kommt durch volljährige Söhne in Familienverbünden zustande. Generell befinden sich mehr alleinerziehende Frauen, als alleinerziehende Männer in ordnungsrechtlicher Unterbringung.

b) Alleinstehende Frauen (32 Personen)

Die Stadt Hagen betreibt keine Notschlafstelle für wohnungslose Frauen. Diese werden mit Notzimmern im Frankenweg und in der Feithstraße oder mit Notwohnungen versorgt. Im Frankenweg waren zum Stichtag 19 Frauen, in der Feithstraße vier Frauen und acht Frauen in Notwohnungen untergebracht. Ausnahmsweise war in der Gemeinschaftsunterkunft in der Unternahmerstr. eine weitere Frau untergebracht.

c) Frauen im Familienverbund (35 Personen)

Zum Stichtag waren 31 Frauen im Familienverbund in Notwohnungen untergebracht. 4 Frauen waren im Familienverbund in der Gemeinschaftsunterkunft in der Unternahmerstr. untergebracht.

d) Menschen mit Tieren (0 Personen)

Derzeit ist eine ordnungsrechtliche Unterbringung mit einem Haustier nicht möglich.

e) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (111 Personen)

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden ausschließlich im Familienverbund untergebracht. Für Kinder ohne Eltern oder Sorgeberechtigte wird die Unterbringung durch den ASD in geeigneten Einrichtungen organisiert. Zum Stichtag waren 88 Kinder im Familienverbund in Notwohnungen untergebracht. 23 Kinder waren im Familienverbund in der Gemeinschaftsunterkunft in der Unternahmerstr. untergebracht.



f) EU-Zugewanderte

Von den insgesamt 292 untergebrachten Personen waren 143 Personen Ausländer aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die Herkunftsländer waren (alphabetisch sortiert): Bulgarien, Griechenland, Italien, Polen und Rumänien.

2. Personelle Ausstattung

Die Sachgruppe „Zentrale Fachstelle Wohnraumsicherung und Wohnraumversorgung in Notfällen“ ist aktuell mit folgenden Vollzeitäquivalenten besetzt:

- Beratungsstelle für Haftentlassene, Inhaftierte und deren Angehörige: 1,0 VZÄ/Soziale Arbeit
- Wohnraumsicherung (Präventive Vermeidung des Wohnraumverlustes, Notfalls auch durch Übernahme von Mietschulden): 2,4 VZÄ/Soziale Arbeit
- Sozialdienst für Wohnungslose (Sozialarbeiterische Betreuung der ordnungs-rechtlich untergebrachten Menschen): 1,0 VZÄ/Soziale Arbeit
- Sozialdienst der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ (Zielgruppenorientierte Beratung von obdach- und wohnungslosen Personen zur nachhaltigen Rein-tegriation in den regulären Wohnungsmarkt, Befristet bis 02/25): 2,0 VZÄ/Soziale Arbeit
- Außendienst Obdachlosenangelegenheiten (Technische Betreuung, Ausstattung und Instandsetzung des Notwohnraums): 1,0 VZÄ/Hausmeister
- Schuldner- und Insolvenzberatung: 1,0 VZÄ/Soziale Arbeit, 1,0 VZÄ/Diplom Verwaltungswirt*innen
- Männerasyl
 - 3,65 VZÄ/Hausmeister
 - 2,0 VZÄ/Hausmeister mit Option zum Einsatz im Außendienst für Obdach-losenangelegenheiten
- Obdachlosenunterkunftsverwaltung: 2,0 VZÄ/Verwaltungsfachangestellte*r

gez.

gez.

Martina Soddemann, Beigeordnete
gez.